



Professor Dr. h. c.  
Wladyslaw Bartoszewski.  
19. Februar 1922.

Polnischer Historiker, Autor und Diplomat. Geboren in Warschau, hier 1939 Abitur. Im Zweiten Weltkrieg Kontakt zum polnischen Widerstand. 1940/41 in das Konzentrationslager Auschwitz verschleppt. Studium an der geheimen Warschauer Universität. 1944 Teilnahme am Warschauer Aufstand. Nach dem Krieg zunächst als Journalist tätig. Sechs Jahre Haft in stalinistischen Gefängnissen. 1955 Rehabilitation. Arbeit als Publizist und Historiker. Engagement bei der Gewerkschaft „Solidarität“. Nach Verhängung des Kriegsrechts 1981 Verhaftung, Befreiung und Ausreise nach Deutschland. Hier Lehrtätigkeit. Nach der Wende zunächst 1990–1995 polnischer Botschafter in Wien. Anschließend kurzzeitig Außenminister. Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels (1986).

S. E. Prof. Dr. h. c. Wladyslaw Bartoszewski  
*Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen a. D.*

### „Die Zukunft der Europäischen Union aus der deutsch-polnischen Perspektive“

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, nach einer so schönen Einführung ist man schon in der Verlegenheit und muss man diplomatisch vorgehen, sehr geehrte Damen und Herren. Ja, das ist denkwürdig oder merkwürdig: Alles, was heute schon so schön gesagt worden ist, entspricht der Wahrheit. Am Anfang meines bewussten Lebens habe ich gerade relativ unfreundliche Erfahrungen mit Menschen der deutschen Sprache gemacht – ich will nicht sagen: mit den Deutschen, mit dem Volk, mit den Menschen, die sich der deutschen Sprache bedient haben –, die an sich ... erfahren waren wie der Lagerkommandant in Auschwitz. In jedem Land gibt es auch solche Leute. Ich war in meiner Biographie erprobt, geprüft, auch durch sechseinhalb Jahre kommunistischen Gefängnisses in meinem Lande, wo mich nicht die Russen, sondern die Polen verhaftet, unterdrückt und gefoltert haben. Es wäre meinerseits also ungerecht, nicht Unterschiedlichkeiten zu sehen. Ich habe doch Recht, von meinen eigenen Landsleuten ein bisschen eine andere Behandlung zu erwarten.

Jetzt, wenn ich zurückblicke, muss ich am Anfang etwas Erfreuliches sagen. Ich bin Gott sei Dank seit dreißig Tagen ein freier Mensch – nennen wir das einen rüstigen Rentner –, bin kein Außenminister mehr. Aber wenn ich hier in Deutschland bin, fühle ich mich nicht draußen, vielmehr fühle ich mich wie zu Hause, weil Deutschland für mich ein sehr bedeutendes Land gewesen ist und weiter bleibt. Und jetzt, als Privatmensch, der das Recht hat, zu wählen und zu entscheiden, werde ich sicher viel mehr nach Deutschland kommen, gehen – öfters kommen –, um weiterhin dieselbe Rolle zu spielen, die ich vorher spielen konnte, also die Rolle eines Brückenbauers. Diese Rolle habe ich angefangen als Gastprofessor an drei deutschen Universitäten, zwölf Semester lang, zwischen 1983 und 1990. Gerade den ganz schwierigen Prozess der Annäherung und Überwindung der Teilung hier in Deutschland habe ich mit den Deutschen in Deutschland erlebt. Nach Polen bin ich erst 1990 zurückgekehrt und wurde dann durch die neue polnische Republik beauftragt, die Rolle eines Diplomaten zu spielen. Dann habe ich dem damaligen Ministerpräsidenten Polens und meinem Freund, Tadeusz Mazowiecki, gesagt: „Du willst mich als Botschafter nach Wien schicken? Aber ich habe das nie in meinem Leben getan!“ Er hat mich sehr traurig angeschaut – das ist eine seiner Eigenschaften, einen traurig anzuschauen – und hat geantwortet: „Und ich?“ Na ja, natürlich hatte er die Rolle vorher auch nicht gespielt. Das war für mich eine schöne Herausforderung. Parallel mit meinem deutschen Freund Philipp Jenninger habe ich dann in Wien über vier Jahre lang der neuen Republik gedient. Danach, eine ganz erstaunliche Entwicklung, wurde ich polnischer Außenminister. Seit der Zeit passierte es zweimal, was schon etwas ziemlich Denkwürdiges ist, und so wie Hans-Dietrich Genscher, mit dem ich persönlich sehr gut bin, habe ich es geschafft, einmal der roten und einmal der schwarzen Regierung anzugehören.

In dem Sinne habe ich natürlich schon eine gewisse diplomatische Praxis bekommen – und als parteiloser Außenminister mich ebenso bei einem postkommunistischen wie bei einem bürgerlichen, christlichen, dazu evangelischen Ministerpräsidenten durchgesetzt. Das Wort akzentuiere ich, denn das ist in Polen überhaupt nicht üblich gewesen, einen Nichtkatholiken an der Spitze zu haben, das war in Polen eine Besonderheit. Hier muss ich eine Anekdote einschalten: Ein ganz lieber Mensch, Erzbischof Alfons Nossol, einer der besten und klügsten polnischen Bischöfe, in Oppeln, der ebenso von den Polen wie von den deutschstämmigen polnischen Bürgern geliebt und geschätzt wird, hat vor einigen Jahren einmal Herrn damaligen Bundeskanz-

ler Kohl in Kreisau begrüßt, in von Moltkes Gut, wo man zusammen etwas gefeiert hatte. Dabei waren auch der polnische Ministerpräsident Buzek, der Protestant aus dem Gebiet Schlesien-Deschehn, und ich und Bronislaw Geremek und viele andere Leute. Erzbischof Nossol hat seine Rede so eingeleitet: Ich begrüße besonders herzlich den katholischen deutschen Bundeskanzler und den protestantischen polnischen Ministerpräsidenten.

Das ist eine Komödie, das zu sagen. Jedenfalls macht die Geschichte verschiedene Witze, auch positive und schöne.

Aber ganz im Ernst, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde! Ich muss sagen, in meiner – an sich komplizierten – Biographie habe ich auch, wie jeder andere Mensch, Punkte erlebt, die für mich von großer Bedeutung sind. Bis heute glaube ich, dass von allen meinen Reden und Auftritten die Rede im Deutschen Bundestag am 28. April 1995 von größter Bedeutung ist. Zum ersten Mal in der Geschichte der beiden Länder und in der Geschichte der beiden Völker hat ein polnischer Politiker im Bundestag gesprochen. Eingeführt wurde ich damals durch zwei deutsche Politiker, mit welchen ich in beiden Fällen befreundet gewesen war und geblieben bin. Das waren damals Frau Rita Süßmuth im Namen des Bundestages und Herr Johannes Rau im Namen des Bundesrates. Diese Kontakte und Bindungen haben überlebt, auch verschiedene Veränderungen, und werden in beiden Fällen bis heute gepflegt.

Heute ist auch Richard von Weizsäcker erwähnt worden, einer der Deutschen meiner Generation. Ich gehöre zu der Generation des Papstes und Richard von Weizsäckers. Ich bin unwesentlich jünger als die beiden, das sind nur Monate, nicht Jahre. In dem Sinne sind wir ähnlich erzogen worden. Eine gewisse Hierarchie der moralischen und ethischen europäischen Werte der Anständigkeit haben wir bekommen in derselben Epoche, in unterschiedlichen, aber christlichen Kirchen und durch Einfluss der Schule, des Staates, der Umgebung, der Familien. Und ich kann natürlich ganz gut, besser als all die jungen Leute, diese Kontinuität der europäischen Tradition verstehen.

Hier, um noch Anekdotisches zu sagen, muss ich einschalten: Ich habe einen Sohn. Mein Sohn ist zum einen, ganz anders als ich, ein erfolgreicher Bankdirektor – zu beneiden – und hat zum anderen eine ausländische Frau. Seine Frau ist Kanadierin, Tochter eines deutschen Vaters und einer britischen Mutter. Ich habe in der Familie also eine transatlantische Beziehung zwischen Kanada, Deutschland, England bis hin nach Polen. Dazu sagt man gelegentlich: Die Leute lieben, beten und zählen in eigener Sprache. Es kann sein, dass das wahr ist. Aber meine Schwiegertochter spricht nicht Polnisch. Mein Sohn hat sie in Oxford kennen gelernt, und sie leben englisch, und ich glaube, sie zählen auch englisch. Jedenfalls kann in Europa jetzt etwas ganz anderes passieren. In welcher Sprache wird man Euro zählen? Die Frage kann man sich angesichts der Entwicklung, die wir alle jetzt in Europa erleben und erleben werden, stellen. Die Hauptsache aber sind gewisse gemeinsame ethische Normen und gewisse ähnliche Begriffe über die Werte und über die persönliche und kollegiale Anständigkeit.

In den einleitenden Worten ist auch erwähnt worden, dass ich nach der Einführung des Kriegsrechts in Polen im Winter 1981/1982 interniert war. Das ist wahr. Während der Internierung war ich sogar in allerbesten Gesellschaft. Ich war zusammen mit Tadeusz Mazowiecki, mit Bronislaw Geremek, mit Professor Jerzy Holzer – um nur die Namen zu nennen, die auch in Deutschland sozusagen ein Begriff sind – und mit vielen anderen Menschen der Art. Also das war für mich sehr interessant und sehr lehrreich. Ich muss sagen: Ich freue mich, dass ich das auch erleben konnte.

– Ja! – Warum erwähne ich diese paar Monate meines Lebens, die nicht so bedeutend waren? Ich erwähne sie, weil wir alle interniert waren auf dem alten deutschen, danach sowjetrussischen Truppenübungsplatz in Hinterpommern, südlich von Drammenburg, noch mehr südlich von Löslin. Also: Denkwürdigerweise erbt man Truppenübungsplätze, Lazaretts und Gefängnisse. Und überall auf dem ehemaligen deutschen, danach sowjetrussischen Truppenübungsplatz war ich in einem Block interniert mit diesen Personen. Das wäre nicht der Rede wert. Nur, was passierte? In sehr kurzer Zeit, in ganz

kurzer Zeit, heute, üben auf diesem Truppenübungsplatz NATO-Einheiten: die Bundeswehrsoldaten, die polnischen Soldaten, die dänischen Soldaten, gelegentlich auch die britischen Soldaten, die dort exotische Beziehungen sehen – in Polen schon im Vergleich mit England, ja? –, und alle diese Soldaten sind in den Städten gern gesehen. Und wenn jetzt Bundessoldaten durch Stettin gehen, dann sind sie liebe Gäste. Also bitte, wer konnte sich noch vor zwanzig Jahren eine solche psychologische Änderung der Einstellung und Überwindung des Klischeedenkens und der Pauschalvorurteile vorstellen? Und das ist auch sehr tröstend; denn das beweist ganz praktisch – und die Mehrheit der Personen in diesem Saal hat das schon persönlich beobachtet und erlebt –, dass sozusagen nichts ausgeschlossen und alles möglich ist bei der Konzentration des guten Willens und bei der Klugheit und Geschicklichkeit der Politiker und der Menschen.

Ich habe die Freude, befreundet zu sein mit einigen bedeutenden Personen, auch in Polen, unter anderem mit dem auch in Deutschland bekannten Schriftsteller Stanislaw Lem. Lem ist hier bekannt als Science-Fiction-Autor, er ist ein Galizianer, ein Lemberger, aus der alten KuK-Monarchie, schon knapp über achtzig, mit der alten Erfahrung. Ich habe ihn einmal gefragt: „Sage mir, du, du bist so ein Science-Fiction-Autor: Was wird in zwanzig, dreißig Jahren kommen; wir sind jetzt alle so neugierig, gespannt, in der Welt ist alles unruhig, es ist Unruhe in der Welt, sage es mir, du bist so klug?“ Da hat er mir geantwortet: „Du, ich weiß nichts; ich glaube, es wird etwas kommen, aber was kommen wird, weiß ich nicht! Mit absoluter Sicherheit aber kann ich versichern: Was kommen wird, wird ganz anders sein, als wir uns vorstellen können!“ Und ich muss sagen: Es ist etwas daran. Hätte mir – oder Professor Geremek – damals jemand gesagt: Auf diesem Truppenübungsplatz – bewacht durch die Kommunisten, ja, in Hinterpommern, durch die polnischen Kommunisten, ja? – werden wir in Zukunft in einer freien souveränen polnischen Republik leben, wir mit unseren Kindern und Enkelkindern, und regieren, in absehbarer Zeit, und wir werden noch dazu beide Außenminister der Republik Polen, auch in absehbarer Zeit, dann hätten wir gedacht: Der spinnt! Na, man soll nicht übertreiben, auch nicht mit der Lüge. Man muss maßhalten, ja? Es ist aber geschehen. Und das sind die Sachen, die mich selbst erstaunen. Ich kann auch kein fertiges Rezept dafür erfinden, was man tun soll, um so etwas zu erreichen. Ich weiß, man muss sich mit gutem Willen engagieren, um die Sache nach vorne zu bringen. Es wurde heute schon erwähnt, als mir vor fast genau fünfzehn Jahren, am 5. Oktober 1986, der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen wurde, in der Paulskirche in Frankfurt am Main, hielt ich, wie üblich, auch in der Anwesenheit von Weizsäcker, eine Rede und stand vor der Notwendigkeit, die polnisch-deutschen Beziehungen gewissermaßen in einer historischen Dimension zu erfassen, diese Relationen oder Perspektiven meiner Lebenserfahrungen und der tragischen Erfahrungen meiner Generation zu betrachten. Natürlich haben die Leute im Raum Recht gehabt, das von mir zu erwarten, als ich den Friedenspreis bekommen habe. Das war am Anfang der Gorbatschow-Ära. Aus heutiger Sicht ist das schon eine alte Geschichte. Es waren keine Propheten, die am Anfang der Gorbatschow-Zeit sagen konnten, was kommen wird in Deutschland, in Polen, in Russland. Warum nicht die Sowjetunion, nicht die russische Föderation? Es war die Zeit des Warschauer Paketes, es waren russische Truppen in Erfurt und Magdeburg und Schwerin und in halb Berlin und in Polen. Ich hatte es gewagt, gewisse Prinzipien anzusprechen. Der Grund für meine Erwägungen war damals mehr als vage. Nach dem Abbruch der Solidarität, der Solidarnosc zu Beginn der achtziger Jahre, waren die sich Polen eröffnenden Perspektiven nicht gerade die besten. Niemandem kam der Gedanke, dass das kommunistische System im Laufe der nächsten Jahre einen Niedergang erleben würde. Die tragischen und schwer zu bewältigenden historischen Geschehnisse waren durch die Teilung Deutschlands und die ideologischen Unterschiede dogmatisiert. Welcher Schlüssel bot sich an, um einerseits den Lauf der Geschichte zu verstehen und andererseits zumindest eine vage optimistisch anmutende und zugleich glaubwürdige Vision der Zukunft zu entwerfen? Ich griff damals auf die Gedanken Karl Jaspers', eines

der größten deutschen Intellektuellen des zwanzigsten Jahrhunderts, zurück, in denen er die Wahrheit und Freiheit als Grundlage und Ausgangspunkt für den Frieden erkannte. In der Wahrheit und in der Freiheit erblickte ich, gleich Jaspers, die wichtigste Richtlinie für mein Volk. In der Wahrheit und Freiheit sah ich den Weg, die Frage der Teilung Deutschlands zu lösen. Ich habe auch über die Mauer quer durch Berlin gesagt, 1986, drei Jahre vor dem Fall – ich habe das verglichen mit Mauerghettos, also die Mauer würde die Ghettos getrennt haben –, also ich habe die ostdeutsche Ordnung mit der Nazizeit verglichen. Ich habe das ganz offen, in der Öffentlichkeit, gesagt – als polnischer Bürger, mit polnischem Pass in der Tasche, nicht als ein Emigrant –, weil das gerecht war, und das war einfach richtig. Das war so. So habe ich diese Teilung der Hauptstadt Deutschlands und diese Begrenzung der Freiheit der Menschen dort gesehen. Das war für mich ein Vergleich mit willkürlichen Nazimethoden gegenüber „Untermenschen“, als die sie sie damals qualifiziert haben. Es ist egal, welche Ideologie dahinter stand. Dahinter stand die Entwürdigung der Menschen, was für den normalen heutigen Europäer nicht akzeptabel sein kann. In der Wahrheit und Freiheit erkannte ich gleichfalls die Grundlage für die Versöhnung und polnisch-deutsche Verständigung.

Heute steht man wieder einer ähnlichen Herausforderung gegenüber, der Formulierung einer Vision. Der Ausgangspunkt ist diesmal eindeutig und so stark, dass er zur Selbstzufriedenheit führen könnte. Dies verleitet aber häufig zur Selbstberuhigung. Von da ist es aber nur noch ein Schritt bis zur Untätigkeit oder mangelnden Aktivität. Untätigkeit sowie das Fehlen von Aktivität und Visionen bedeuten heutzutage im Grunde Stillstand und die Einbuße von Chancen. Manchen von Ihnen wird es vielleicht erstaunen, dass ein fast 80-jähriger Politiker zum Handeln und zu Aktivität ermahnt. Ich kann hier aufs Neue Anekdotisches einschalten: Mein 46-jähriger Sohn sagt von Zeit zu Zeit: „Papa, warum eilst du so?“, und ich antworte: „Söhnchen, du bist jung und Du hast Zeit; ich habe keine Zeit mehr, ich muss mich beeilen.“

Doch, ich war in meinem Leben Zeuge zu vieler Tragödien und Leiden; zu viel habe ich selbst durchmachen müssen und habe zu viele versäumte Chancen gesehen. Dies bedeutet natürlich nicht, dass ich die Werte unterschätze, die die Wende von 1989 und 1990 gebracht hat. Wohl, auch in Deutschland, in Mitteleuropa, in Prag, in Budapest, auf eine nicht so erfreuliche Weise in Bukarest oder woanders, aber doch. Wir haben ein freies und demokratisches Polen, das gute und solide Beziehungen zu seinen Nachbarn unterhält, eine aktive Rolle in dieser Region spielt und in die europä-ischen Integrationsstrukturen und die nordatlantischen Strukturen eingebunden ist beziehungsweise wird. Es besteht ein friedliebendes, demokratisches, wiedervereinigtes Deutschland, das im Rahmen der europäischen Solidarität wirkt. Die Region Mitteleuropa verfügt zum ersten Male seit Jahrhunderten über die Chance, zum Bindeglied Europas zu werden und nicht das Feld einer mörderischen Konfrontation zu sein. Es existiert keine ideologische Dichotomie mehr, die jahrzehntelang Familien, Völker, Staaten und Kontinente trennte.

Wenn ich zum Handeln, vor allem zur Konkretisierung der Zukunftsvision aufrufe, so lasse ich mich dabei von der Überzeugung leiten, dass die Freiheit keinen Wert an sich darstellt, sondern jeden Tag, jeden Monat und jedes Jahr nach Erfüllung verlangt. Wenn ich zum Handeln aufrufe, dann deshalb, weil die tiefe Überzeugung, dass gerade die Deutschen und Polen – diese bescheidenen 120 Millionen Leute in Europa – für die Gestaltung der Vision der künftigen Europäischen Union verantwortlich sind, meinen persönlichen Erfahrungen entspringt. Vor wenigen Monaten feierten wir den zehnten Jahrestag des für die polnisch-deutschen Beziehungen fundamentalen Aktes des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Dieser Vertrag schuf einerseits den Rahmen, um die geschichtlichen Geschehnisse in den polnisch-deutschen Beziehungen abzuschließen, andererseits wies er die Richtung für die Zukunft. Der erste Außenminister des souveränen Polens, Krzysztof Skubiszewski – nebenbei gesagt: aus einer typisch polnisch-preußischen Familie, weil sein Großvater polnischer Abgeordneter noch im Reichstag gewesen ist, er kam aus dem Großherzogtum Posen und war ein pflichtbewusster polnischer katholischer Preuße, also sehr

ähnliche positive Eigenschaften wie viele gute, tüchtige Leute aus dem preußischen Einflussbereich hat er im Leben bewiesen –, hat sich nach dem Vertrag geäußert und hat die Ansicht vertreten, dieser Vertrag habe die Grundlage für die polnisch-deutsche Interessengemeinschaft in dem sich vereinigen- den Europa geschaffen. Das war drei Jahre früher, ehe wir noch den Antrag zum Beitritt in die Europäische Union gestellt haben. Das war zwei Jahre früher, als die letzten russischen Soldaten, erst 1993, polnisches Territorium verlassen haben. Das war schon visionär von Skubiszewski, glaube ich, und auch richtig; denn man muss in der Politik in der Kategorie „Jahrzehnte“ und nicht nur „in den kommenden Monaten“ denken. Diese Worte gerieten ein wenig in Vergessenheit, da das Leben selbst all das vorbrachte, wovon noch vor nicht zu langer Zeit geträumt werden konnte. Die einstigen Probleme und Konflikte sind lediglich in den historischen und politologischen Abhandlungen zu finden. Es ist jedoch in Erinnerung zu rufen, dass es dieser Vertrag war, in dem zum ersten Mal in einem rechtsgültigen Dokument die Verpflichtung eines der Mitgliedstaaten der damaligen Europäischen Gemeinschaft – noch nicht der Union – enthalten war, die Beitrittsbestrebungen einer neuen Demokratie in Mitteleuropa zu unterstützen. In diesem Vertrag wurde die so genannte Sicherheitsklausel formuliert, um einen Weg für die künftige Mitgliedschaft in der euroatlantischen Struktur zu eröffnen, obgleich damals – wie ich schon gesagt habe – die Sowjetunion noch bestand und die Rote Armee, bald die russische Armee, in dieser Region stationierte. Dies beweist, dass an der Schwelle der Gestaltung der Beziehungen zwischen dem wiedervereinigten Deutschland und dem demokratischen Polen eine eindeutige Vision hinsichtlich der Richtung existiert hat. Den Polen und den Deutschen öffnete sich die vorteilhafte Perspektive, versöhnt und im Einvernehmen zusammenzuleben, eingebunden in die europäische Integration und die euroatlantischen Sicherheitsstrukturen. Diese Vision hat bis heute nichts von ihrer Aktualität eingebüßt.

Angesichts der neuen Herausforderungen der letzten Monate und Wochen kann es sein, dass diese Vision von einer noch größeren Bedeutung ist. Hier muss ich meinen früher vorbereiteten Text ein bisschen aktualisieren und offen sagen: Die Vereinigten Staaten von Amerika sehen in Polen einen besonderen, vertrauenswürdigen und zuversichtlichen politischen Partner in Europa. Ich habe die Freude und die Ehre gehabt, Bushs Besuch in Warschau in Washington im April dieses Jahres noch als Außenminister vorzubereiten und mit Colin Powell, mit Condoleezza Rice und mit anderen zuständigen Personen die ganze – auch politische – Ordnung des Besuches zu besprechen, eventuell unsere Vorschläge zu formulieren. Ich hatte auch die Freude, die Teile der Verhandlungen von Bush mit dem polnischen Staatsoberhaupt und mit dem polnischen Ministerpräsidenten zu führen, den Vorsitz zu haben; denn beide Herren waren sehr taktvoll, und weil eine gewisse Kohabition in Polen viel komplizierter ist als beispielsweise in Frankreich, haben sich beide entschieden: Weder der noch der, sondern der Außenminister wird den Vorsitz haben! Dadurch war ich beauftragt, in die unterschiedlichsten – nicht immer üblichen – Elemente der Gespräche eingeweiht zu werden. Ich kann Ihnen versichern: Amerika hat auch vor dem 11. September mit absolutem Vertrauen Richtung Warschau geschaut. Dieses Vertrauen hat sich auf unterschiedlichste Weise bestätigt.

Ich darf diese Gedanken nicht entwickeln. Aber ich muss Sie auf zwei Elemente aufmerksam machen. Erstens: Polen hat traditionell jahrzehntelang besonders gute Beziehungen zu allen islamischen und arabischen Staaten. Zweitens: Seit dem politischen Bruch der Vereinigten Staaten mit dem Irak repräsentiert die polnische Botschaft in Bagdad die amerikanischen Geschäfte ununterbrochen. Das bedeutet: Es gab und gibt ein besonderes Vertrauensverhältnis, und das floriert jetzt und bestätigt sich auf unterschiedlichste Weise, die gerade insoweit dienlich sein kann, inwieweit man wenig über die Probleme diskutiert. Jedenfalls: Amerika ist weiterhin sehr zufrieden, wir auch. Wenn jemand aufmerksam die Presse liest, kann er auch die Berichte über personelle Veränderungen in Polen nach der Einsetzung der neuen Regierung vor einigen Wochen finden. Natürlich gibt es personelle Verände-

rungen, nicht nur in der Regierung, auch in den verschiedenen Diensten. Das ist normal in der Demokratie und ist nicht erstaunlich. Aber in den letzten Tagen habe ich die Meldungen gelesen, der Oberkommandierende der speziellen Dienste im Ausland ist geblieben, obwohl er von Buzek nominiert war, nicht vom Vorgänger, nicht vom Nachfolger. Das soll auch nachdenklich machen. Die Staatsräson steht auch bei der neuen polnischen Regierung auf dem ersten Platz. Hier bin ich sicher, obwohl ich als Politiker nicht gerade Sympathisant dieser Regierung bin, aber als loyaler Bürger meines Staates und Repräsentant der polnischen Staatsräson begrüße ich natürlich kluge und gute Erfolge und Entscheidungen dieser Regierung.

Nicht ohne Grund wird von manchen darauf hingewiesen, dass der pragmatische Rahmen der polnisch-deutschen Zusammenarbeit ausgeschöpft, das Hauptziel im Laufe des Tagesgeschäfts quasi aus dem Blickfeld verschwunden sei und wir ein gewisses Gefühl der Unterlassung empfinden. Dies ist nicht als Kritik, sondern als eine Feststellung aufzufassen, dass wir einen neuen, starken Impuls und eine Konkretisierung der Vision benötigen. Es sind nicht so sehr die Politiker, sondern Polen und Deutsche, die Bürger unserer beiden Staaten, die dessen bedürfen. Es ist kein Paradoxon, dass solch eine Feststellung auch an die Europäische Union gerichtet werden kann. Der Prozess der europäischen Integration hat nach Jahrzehnten der Entwicklung die maximale Dimension erreicht, die im Rahmen der bestehenden Strukturen zu erreichen möglich war. Die Erfolge sind beeindruckend: Der Aufbau des europäischen Binnenmarktes wurde fast vollendet. Die Wirtschafts- und Währungsunion wurde geschaffen, und in Kürze wird der Euro in der Mehrzahl der Mitgliedstaaten eingeführt werden. Die Europäische Union wurde gegründet, die den politischen und rechtlichen Rahmen für den Integrationsprozess festlegt, und die gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik erlebt eine dynamische Entwicklung. Die Substanz der europäischen Integration hat an der Schwelle des dritten Jahrtausends in positivem Sinne die kritische Masse erreicht. Dies veranschaulicht auf eindeutige Weise die nahende Erweiterung der Europäischen Union. Dieser Prozess wird in Kürze das europäische Integrationsprojekt politisch vollenden. Bis auf Weiteres wurde er aber zum Katalysator notwendiger Veränderungen und machte sichtbar, dass die Union nicht nur neue Strukturen und Entscheidungsmechanismen, sondern vor allem neue Visionen benötigt. Vor über einem Jahr, am 12. Mai 2000, leitete Joschka Fischer mit einer Rede an der Humboldt-Universität die europäische Debatte über die künftige Gestalt der Europäischen Union ein. Aus ihrem bisherigen Verlauf und aus dem Katalog der zur Diskussion anstehenden Fragen ist eindeutig zu schließen, dass eine Debatte eröffnet wurde, die das Wesen des Integrationsprozesses und dessen Gestaltung in den nächsten Jahrzehnten betreffen wird. Unterdessen verlieren wir infolge der hitzigen Beitrittsverhandlungen, des Feilbietens eng verstandener nationaler Interessen und des Feilschens um jede Kleinigkeit meines Erachtens den wichtigsten Sinn des Integrationsprozesses aus den Augen. Und doch war die europäische Integration von Anfang an vor allem ein großes politisches Vorhaben, das darauf ausgerichtet war, Europa einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten. Dieses Vorhaben gewinnt erst nach dem politischen Wandel in Mitteleuropa in den achtziger und neunziger Jahren und in Anbetracht der immer näher rückenden Erweiterung eine volle Dimension. Mit der Entscheidung über die Europäischen Gemeinschaften und später über die Europäische Union setzte eine qualitativ neue Epoche in den internationalen Beziehungen ein. Es wurde mit der jahrhundertlang dominierenden Weise, den Frieden durch Interessenabgrenzung zu suchen, gebrochen und der mutige Versuch unternommen, den Frieden mit Hilfe von verbindenden gemeinsamen und gemeinschaftlichen Bereichen zu erlangen. Dieses gemeinsame Gebiet gründet auf der historischen christlichen Gemeinschaft von Zivilisation und Kultur. Zum Wesen der europäischen Integration gehört das Erfordernis der Solidarität. Es bedeutet eine wirksame Unterstützung der schwächeren Mitgliedstaaten und gleichzeitig auch, dass es keine politische Vorherrschaft ausgewählter Staaten geben wird und Großmachtideen nicht wieder aufkommen werden. Nach Erlangung der Mitgliedschaft

im Nordatlantischen Bündnis wird für Polen erst die Mitgliedschaft in der Europäischen Union die Vollendung der politischen Wende bedeuten, die 1980 von der Solidarnosc eingeleitet wurde. Erst dann wird Polen die positiven Implikationen aus der geopolitischen Lage für sich nutzen können. Mit größter Aufmerksamkeit verfolge ich deswegen die Debatte über die künftige Gestaltung der Europäischen Union. Ich habe nicht die Absicht, hier über Einzelheiten zu sprechen, möchte jedoch unterstreichen, dass sich aus der gemeinsamen Geschichte der Polen und der Deutschen drei grundsätzliche Prämissen ergeben. Sie eben werden darüber entscheiden, ob die Europäische Union den neuen Herausforderungen, den Herausforderungen des gemeinsamen neuen Europas, gewachsen sein wird.

Erstens: Das moderne gemeinsame Europa muss sich zu einem klaren Katalog gemeinsamer Werte bekennen. Ohne ein eindeutiges Bekenntnis in dieser Frage wird es keinen tatsächlichen Fortschritt bei dem europäischen Integrationsprozess geben. Wir sollten nicht vergessen, dass der Aufruf des polnischen Papstes während seiner ersten Pilgerreise nach Polen im Juni 1979, der an die gemeinsamen christlichen Werte Europas appellierte, der Bewegung moralische Kraft verlieh, die den Niedergang des totalitären Systems einleitete, welches damals unerschütterlich schien. Ich bin überzeugt, dass die Pilgerreise von Johannes Paul II. in die Ukraine im Juni des Jahres 2001 ebensolche umfangreichen historischen Folgen nach sich ziehen wird wie seine Pilgerreise nach Polen 1979. Ich habe im Februar dieses Jahres die Möglichkeit gehabt, nur mit dem Papst, unter vier Augen, über die Vorbereitungen seiner Reise in die Ukraine zu sprechen und zu diskutieren, aber auch in Kiew und in Lemberg drei Wochen nach seinem Besuch einen offiziellen Besuch abzustatten bei der ukrainischen Regierung, aber auch ein langes, einstündiges Gespräch zu führen mit Kardinal Husar – katholischer Kardinal byzantinischen Ritus – in Kiew, in Lemberg, für die ganze Ukraine, mit dem wir nur über den Papstbesuch und dessen mögliche Folgen gesprochen haben. Er hat dazu mit mir in tadellosem Polnisch gesprochen und war sehr freundlich. Es war wortwörtlich ein Sechs-Augen-Gespräch. Es war auch eine Frau dabei. Die östlichen Bischöfe sind nicht so vorsichtig gegenüber den Frauen wie die römisch-katholischen, glaube ich. Wir haben uns nur über die Probleme unterhalten, die dem Besuch des Papstes folgen können oder werden. Der Kardinal – ein Ukrainer, kein Pole – war sehr optimistisch und war der Meinung, das könne ein bisschen länger dauern als in Polen, müsse aber mit absoluter Sicherheit die weitgehenden Früchte in Richtung der Europäisierung und der Öffnung der Ukraine Richtung Westen bringen. Der Aufruf des Papstes an die Ukraine, er wolle, dass die Ukraine zum gleichberechtigten Bestandteil Europas wird, und seine Aussage, er sehe der Zukunft der Ukraine mit Zuversicht entgegen, sind im Grunde genommen vor allem ein Aufruf an die Europäische Union. Das ist natürlich nicht so leicht, das ist kein Aufruf, die Europäische Union soll sich sofort der Ukraine annehmen. Aber sein Aufruf ist: Die Ukraine darf man nicht vergessen, die dortige Situation darf man nicht vergessen. Wichtig ist auch sein Erinnern an die möglichen Methoden, zum Beispiel mit der Hilfe der Polen, Slowaken und, ich weiß nicht, Ungarn, Litauen und anderen, die gewisse Erfahrungen haben, auf diesem riesigen Territorium vorzugehen.

Ich habe über die Ostprobleme gerade heute beim Lunch mit der alten Gräfin Dönhoff gesprochen, die mich als ihren alten, aber jungen Bekannten mit feuriger Stimme fast angeheizt hat, man soll etwas tun. Wenn ich vergleiche, bin ich der „junge Bekannte“.

Zweitens: Aufrufe, die Integrationsstrukturen transparenter zu gestalten, und das Postulat ihrer Bürgernähe reichen unter den neuen Gegebenheiten nicht mehr aus. Die künftige Europäische Union muss über eine volle demokratische Legitimation verfügen. Sie muss ähnliche Voraussetzungen einer modernen, funktionstüchtigen Demokratie erfüllen. Dies verstehen die Deutschen, ebenso wie die Polen und andere Nationen unserer Region, die jahrzehntelang gezwungen waren, in Unfreiheit zu leben.

Drittens: Die Europäischen Gemeinschaften und später die Europäische Union beriefen sich immer wieder auf die Solidarität. Heutzutage gewinnt die

europäische Solidarität besondere Bedeutung. Die künftigen Mitglieder der Europäischen Unionsstaaten, die ihre Souveränität erst vor kurzem aus eigener Hand zurückerlangen konnten, verstehen diese Herausforderung auf besonders innige Weise. Es ist möglich, dass dies einer der wichtigsten Werte sein wird, den diese Länder in die Europäische Union einbringen werden. Die Europäische Union braucht ein starkes Gefühl der Solidarität. Nur dann wird sie zu einem Träger der Wahrheit und der Freiheit werden.

Meines Erachtens sind dieses grundsätzliche Fragen für die Zukunft Europas. Die übrigen sind von zweitrangiger Bedeutung. Es kann und soll auf diesen Gebieten nach berechenbaren Lösungen gesucht werden. Sie werden aber nur dann sinnvoll sein, wenn sie den gemeinsamen Werten untergeordnet und im Rahmen einer volldemokratischen Legitimation sowie unter Berücksichtigung des Grundsatzes der europäischen Solidarität verwirklicht werden.

Polen und Deutsche müssen ihre gegenseitigen Relationen neu begreifen und definieren. Ich gehöre der Generation an, die berechtigt ist, folgenden Aufruf mutig zu formulieren: Lasst uns die Vergangenheit nicht vergessen und dafür sorgen, dass das Bewusstsein der Vergangenheit gepflegt wird. Polen und Deutsche müssen aber über ihre neue europäische Verantwortung verstehen lernen. Es ist nämlich Zeit, dass Polen und Deutsche aufhören, Europa für sich zu vereinnahmen, und beginnen, gemeinsam zum Wohle Europas zu wirken. Berücksichtigen wir die vorgenannten Prämissen, die den Kern der Gestalt der künftigen Europäischen Union bestimmen, dann kann auf die folgenden wichtigen Herausforderungen, die sich Polen und Deutschen stellen – wobei dieses keine abgeschlossene Liste ist – hingewiesen werden.

#### Die Herausforderungen der Vollendung Europas:

Westeuropa selbst betrachtete die Herausforderungen der Vollendung Europas in den letzten Jahrzehnten zurückhaltend. Dabei geht es nicht nur darum, dass Europa vorgeworfen wurde, es sei nicht imstande, mit einer Stimme zu reden, es fehle ihm jedes sprichwörtliche europäische Telefon. Heute wird gern vergessen, dass der Fall des kommunistischen Systems vor allem das Werk der in Unfreiheit lebenden Völker war. Schnell ist auch der Umstand in Vergessenheit geraten, dass für die Entscheidung, die Erweiterung des Nordatlantischen Bündnisses vorzunehmen, die entschiedene Stimme Amerikas unerlässlich war. Mein Freund, Professor Dimitr Czechinski, bemerkte vor kurzer Zeit ironisch, dass er nur aus Mitleid die Namen derjenigen nicht nennen wolle, die, in Amerika und auch in Europa, im Zusammenhang mit der Erweiterung des Nordatlantischen Bündnisses Schreckensprognosen verkündeten. Das um die neuen demokratischen Länder Mitteleuropas erweiterte Nordatlantische Bündnis wird zum Chor der konstruktiven Stabilität und zu einem Exporteur der Sicherheit. Heute benötigte die Europäische Union eine entschiedene Stimme zugunsten einer schnellen und unverzüglichen Vollendung der Erweiterung Europas. Diese Aufgabe fällt den Deutschen zu. Im Gegensatz zu Menschen ist die Geschichte nicht nachtragend. Sie bewahrt aber die Erinnerung. Die entschiedene Stimme Deutschlands in der Frage der Erweiterung der Union bewirkt, dass dessen Rolle in dieser Region eine völlig neue Dimension gewinnt. Die Schicksale Deutschlands und Polens sind hierbei auf eine besondere Weise verbunden; denn die Erweiterung der Europäischen Union führt dazu, dass der Beweis für das Bewusstsein der europäischen Verantwortung auf Polen verlagert wird. Unerlässlich wird in dieser Hinsicht eine solide polnisch-deutsche Zusammenarbeit sein.

#### Das Wort Zusammenarbeit verhilft mir zu zwei Informationen:

Laut polnischen statistischen Angaben für das Jahr 2000 hat man hundert Millionen Mal – einhundert Millionen Mal! – die Grenze auf der Oder/Neiße überschritten, nicht eingerechnet die Flughäfen, nur die Landesgrenzen. Natürlich, es waren Leute, die die Grenze ein paar hundert Mal, und andere, die sie ein Mal überschritten haben. Es waren auch Nichtdeutsche, die Türken aus Berlin zum Beispiel oder andere, aber am meisten waren es die Deut-



schen und die Polen. Da ist eine neue Qualität, die parallel läuft zu den Verhandlungen über die Gurken oder über die Heringe. Das ist die Tatsache. Das ist der Alltag. Das ist das Leben.

Und zweitens: Bei uns wie bei Ihnen entscheiden natürlich die Eltern am Anfang in der Schule, welche fremde Sprache das Kind wählen soll. Nach der englischen Sprache ist die deutsche Sprache erst an der zweiten Stelle. Bald wird diese Sprache die Zwei-Millionen-Hürde nehmen. Noch nicht ganz zwei Millionen Kinder lernen in den polnischen Schulen freiwillig Deutsch. Das bedeutet, auch wenn sie nicht alle gut lernen, auch wenn sie schwänzen, auch wenn nicht alle perfekt und hervorragend Deutsch sprechen werden nach dem Schulabschluss, werden doch Hunderttausende Familien deutsche Bücher verstehen, deutsche Filme anschauen, deutsches Fernsehen anschauen, deutsche Besucher begrüßen und mit ihnen sprechen, Geschäfte mit deutschen Firmen machen, in der Touristik und in anderen Branchen; denn das sind die natürlichen Entwicklungen. Wenn jemand in der Richtung ausgebildet ist, wird er nichts in Spanien, sondern er wird in Deutschland suchen. Das sind die Tatsachen, das ist der Alltag, der graue Alltag, der aber Gott sei Dank nicht so ganz grau ist.

Die Herausforderung der Versöhnung unter demokratischen Bedingungen ist eine bedeutende Sache. Trotz der tragischen Vergangenheit haben es die Deutschen und die Polen verstanden, eine enorme psychologische und moralische Wende zu vollziehen. Sie beginnen, im Sinne von Verständigung und Versöhnung zu leben. Diese Erfahrungen und diese Werte sind besonders wertvoll. Leider auch deshalb, da Völker, die auf unserem Kontinent nicht weit von uns leben, hier und heute noch mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert werden.

Diese Erfahrungen sollten wir nicht nur für uns bewahren. Polen und Deutsche können und sollten Exporteure der Versöhnung der Verständigung werden. Wir müssen uns aber dessen bewusst sein, dass Freiheit und Demokratie die *Conditio sine qua non* für Versöhnung und Verständigung darstellen.

In diesem Sinne ist die Herausforderung der Vervollständigung Europas untrennbar mit der Herausforderung der Versöhnung verbunden.

Noch eine kleine, letzte anekdotische Einschaltung. Vor drei Jahren – ich war noch kein Minister und schon kein Minister mehr, sondern Privatmensch – hat mich das Goethe-Institut nach Tokio eingeladen. Das ist denkwürdig, denn ich spreche kein Wort Japanisch und habe sehr wenig mit Japan zu tun gehabt. Aber das Goethe-Institut hat, zusammen mit der polnischen Botschaft, eine, sagen wir, delikate Schulung für die Japaner organisiert: Wie man sich nach dem Kriege versöhnen kann. Die Japaner, die Koreaner, die Chinesen begreifen diese Begriffe nicht so ganz genau, das ist bekannt. Es waren drei ehemalige Außenminister geplant: Genscher, Dumas und ich. Moderator war Theo Sommer aus Hamburg. Ich habe gelacht, als ich ihn plötzlich in Tokio gesehen habe. Genscher war aus gesundheitlichen Gründen verhindert und musste durch den deutschen Botschafter in Tokio ersetzt werden. Aber Dumas und ich waren dabei. Und ich muss sagen: Für die Japaner waren die Äußerungen über Versöhnung und die Überwindung der Klüften so interessant, dass sie sofort für uns weitere Themen formuliert haben noch in Osaka und in Hiroshima. Wir sind in Japan drei Mal aufgetreten – das war vorher nicht geplant –, das war ein Muster, ein Modell für diese Japaner, die sich nach diesem schrecklichen Zweiten Weltkrieg in Europa doch, wie diese Polen und die Deutschen, zusammengefunden haben, und dazu in der Person eines Außenministers, der auch in der Sache eine gewisse Rolle gespielt hatte, informiert zu werden, war äußerst interessant. Und die anderen schauen uns an, sogar die entfernten Partner, oft Freunde und Geschäftspartner, die ähnliche, aber nicht so aufgearbeitete Erfahrungen haben wie wir alle in Europa.

Die Herausforderung der europäischen Solidarität habe ich heute schon ein paar Mal genannt. Sie ist vor allem auf die polnisch-deutsche Zusammenarbeit, insbesondere im Raum Mittelosteuropa, gerichtet. Diese Herausforderung erfordert von Deutschland ein volles Verstehen der Notwendigkeit, mit Polen auf diesem Gebiet zusammenzuarbeiten – eine andere Sichtweise würde sofort die Gespenster der Vergangenheit wachrufen –, zweitens von

Polen die Einsicht, dass eine funktionstüchtige Demokratie und Marktwirtschaft auch neue Verpflichtungen mit sich bringt – es muss zu einem Kontribuenten und Spender der Demokratie werden –, drittens von Polen und Deutschen, möglichst schnell die bilaterale Klaustrophobie aufzugeben. Das ist kein Gefühl beider Eliten. Das ist ein Gefühl noch weiter ganz unten in gewissen Bundesländern, wo die Leute dumme Vorurteile pflegen und sich nicht imstande fühlen, den eigenen Schatten sozusagen zu überspringen – so sagt man im Deutschen, im Polnischen klingt es ähnlich – und einen einfacheren Weg zu finden, gleichzeitig arbeiten diese Leute zum Beispiel im Grenzgebiet, an der Oder und Neiße, ebenso in Mecklenburg-Vorpommern wie in Brandenburg und Sachsen, sehr gut von unten im Alltag, besonders in der grauen Zone, zusammen. Wenn es um nicht ganz legale Geschäfte geht oder, sagen wir, ausweichende Haltungen gegenüber eigenen Finanzämtern, sind sie gute Verbündete und treue Geschäftspartner und es spielt keine Rolle, ob sie Deutsch oder Polnisch sprechen. Danach aber, beim Stammtisch, beschimpfen sie sich: Ja, ja, diese Pollacken, diese Schwaben! Natürlich, es kann sein, das muss noch eine gewisse Zeit so bleiben. Mit den Franzosen und den Niederlanden haben die Deutschen in den vierziger und fünfziger Jahren auch unterschiedliche Erfahrungen gehabt. Nicht sofort war alles so harmlos. Unterschiedliche Meinungen von unten haben eine gewisse Rolle gespielt. Leute in Baden-Württemberg haben mir auch etwas über eigene, unterschiedliche Erfahrungen mit den Franzosen erzählt, und trotzdem war es machbar. Das bedeutet: Am Anfang ist alles schwer, nicht nur für Schulkinder, sondern auch für die Erwachsenen.

Ich komme zum Ende. Gerade die letzte Herausforderung, diese bilaterale Klaustrophobie also möglichst schnell aufzugeben, ist besonders begründet, weil vor Polen und Deutschen wichtige Aufgaben in der Region stehen, die sie gemeinsam zu erfüllen haben. Aber seit Jahren führen wir, von gutem Willen geleitet, Diskussionen über gemeinsame Aktivitäten, zum Beispiel zugunsten der erwähnten Ukraine. Gerade hier kann die polnisch-deutsche Zusammenarbeit – kann, muss nicht, aber darf, kann sein: soll – von besonderer Bedeutung sein.

In meiner Ministerzeit habe ich mehrmals die Ministerpräsidenten der Grenzländer getroffen, von oben nach unten. Mit Professor Biedenkopf bin ich seit mehreren Jahren in guter Beziehung, noch aus alten Zeiten, also vor zwanzig Jahren. Ein solches Gespräch macht also nichts. Stolpe ist nicht aus demselben Stall wie wir, aber na ja, gut, er ist ein Ministerpräsident guten Willens, zweifelsohne wenn es um die deutsch-polnischen Beziehungen geht. Er will zweifelsohne etwas erreichen, hat aber die Sorgen mit eigenen Menschen, tiefer unten. Wir haben uns permanent getroffen, letztens im Juni in Breslau, mit Joschka Fischer, allen diesen drei Ministerpräsidenten der angrenzenden Länder und polnischen Woiwoden. Wir waren eingeladen, waren Gäste, zu ganztägigen Arbeitsgesprächen im Rathaus von Breslau. Joschka Fischer, der zum ersten Mal in Breslau gewesen war, war sehr angegan von der Renovierung der Stadt und auch von der Besprechung, der Atmosphäre sowie von der herzlichen Gesinnung der Menschen. Auf dem Markt wurde er belagert durch die Menschen, die jubelten, das der deutsche Außenminister in Breslau ist. Er war sehr zufrieden und war der Meinung, nur Kohl sei gelegentlich von dieser Menge bejubelt worden. Das ist der Fall, er ist immer bejubelt worden, aber auch Joschka Fischer ist bejubelt worden.

Meine Damen und Herren! Man kann ununterbrochen mehrere Stunden über polnisch-deutsche Probleme reden. Ich beschäftige mich mit dieser Problematik so fast ungefähr vierzig Jahre lang, ungefähr seit 1961, seit den ersten Bewegungen der Aktion Sühnezeichen, noch aus der DDR, also schon fast vierzig Jahre, 1962. In dem Sinne scheint alles wichtig zu sein. Aber ich weiß: Man kann die Sache durch zuviel Reden töten. Ich schwöre, ich werde schon jetzt hier in dem Saal nichts mehr reden. Ich werde Sie nur gern alle grüßen mit einem Dankwort, dass Sie mir die Zeit geschenkt haben, um einen pensionierten polnischen Minister zu hören. Das ist rührend und gehört auch zur neuen Wirklichkeit der deutsch-polnischen Beziehungen. Danke!